

Bezirksregierung Köln

Regionalrat
<u>Sachgebiet:</u> Ergebnisprotokoll der 6. Sitzung
Drucksache Nr.: RR 82 / 2006
2. Sitzungsperiode

Köln, den 28. August 2006

Vorlage für die 7. Sitzung des Regionalrates am 22. September 2006

TOP 3b: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 6. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 23. Juni 2006

Rechtsgrundlage: § 17 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Herr Fensterer, Dezernat 61, Tel.: 0221 / 7740 – 207

Inhalt:

- Niederschrift (Seiten 2 bis 20)
- Anwesende (Seite 21)

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	2

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

N i e d e r s c h r i f t

über das wesentliche Ergebnis
der 6. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
am Freitag, dem 23. Juni 2006
im Dienstgebäude der Bezirksregierung Köln,
Plenarsaal,
Zeughausstraße 2 - 10, 50667 Köln

Vorsitz: Herr Lorth

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	3

Inhalt	Aufruf auf Seite	Beschluss/ Ergebnis
--------	---------------------	------------------------

Tagesordnung

Punkt

1: Feststellung der Tagesordnung	6	6
2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 6. RR-Sitzung am 23. Juni 2006	6	6
3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 5. Sitzung des Regionalrates am 17. Februar 2006 Drs. Nr.: RR 66/2006	6	6
7: Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville hier: Erarbeitungsbeschluss Drs. Nr.: RR 55/2006	6	13
Erg. <u>1</u> zu		
7: Anfrage der CDU-Fraktion zur Abgrabung von hochreinem weißem Quarzkies Drs. Nr.: RR 53/2006 (Tischvorlage) Ergänzung zur Anfrage (RR 53/2006): Abgrabung von hochreinem weißem Quarzkies Drs. Nr.: RR 64/2006 (Tischvorlage)	7	13
Erg. <u>2</u> zu		
7: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Gewinnung von Quarzkies im Naturpark Rheinland Drs. Nr.: RR 54/2006	7	13
Erg. <u>3</u> zu		
7: Anfrage der FDP-Fraktion Drs. Nr.: RR 68/2006 (Tischvorlage)	7	13
Erg. <u>4</u> zu		
7: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Ausweisung von Konzentrationszonen für hochreinen weißen Quarzkies im GEP Bonn/Rhein-Sieg Drs. Nr.: RR 71/2006 (Tischvorlage)	7	13

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	4

Erg. 5 zu

- 7: Antrag der CDU- und SPD-Fraktion auf Änderung des Erarbeitungsbeschlusses für den Regionalplan, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, 3. Planänderung „Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“
Drs. Nr.: RR 72/2006 (Tischvorlage) 7 13
- 4: Anträge 13 13
- 5: Anfragen
- 5a: Anfrage der SPD-Fraktion zu den Auswirkungen der geplanten Verwaltungsstrukturereform auf den Regierungsbezirk Köln
Drs. Nr.: RR 63/2006 (Nachversand)
Drs. Nr.: RR 63a/2006 (Tischvorlage) 13 13
- 6: Mitgliederwechsel in Kommissionen des Regionalrates
hier: SPD-Fraktion
Drs. Nr.: RR 59/2006 13 13

Erg. 1 zu

- 6: Mitgliederwechsel in der Sonderkommission Regionale 2010
hier: CDU-Fraktion
Drs. Nr.: RR 69/2006 (Tischvorlage) 13 13
- 8: Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Köln – Sachlicher Teilabschnitt „Vorbeugender Hochwasserschutz“
hier: Aufstellungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 56/2006 13 16

Erg. 1 zu

- 8: Korrektur der Vorlage durch den Erlass des MWME NRW vom 14. Juni 2006
Drs. Nr.: RR 56a/2006 (Tischvorlage) 13 16

Erg. 2 zu

- 8: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Streichung der Naafbachtalsperre aus dem sachlichen Teilabschnitt vorbeugender Hochwasserschutz und in der Folge auch aus dem GEP Bonn/Rhein-Sieg
Drs. Nr.: RR 67/2006 (Tischvorlage) 14 16
- 9: 6. Änderung des Regionalplans Teilabschnitt Region Aachen; Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) Merzbrück
hier: Erarbeitungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 57/2006 16 16

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	5

10:	Rohstoffsicherung in Nordrhein-Westfalen hier: Stellungnahme des Regionalrates Drs. Nr.: RR / KRS 28/2006 (Nachversand)	16	17
11:	Provincial Omgevingsplan Limburg (POL) 2006 hier: Stellungnahme des Regionalrates Drs. Nr.: RR 58/2006 (Nachversand)	17	17
Erg. <u>1</u> zu			
11:	Antrag der CDU-Fraktion zum Provincial Omgevingsplan Limburg (POL) 2006 Drs. Nr.: RR 73/2006 (Tischvorlage)	17	17
12:	Beschleunigung kleiner Um- und Ausbau- vorhaben an Landesstraßen durch kommunale Vorfinanzierung Drs. Nr.: RR / VK 35a/2006	18	18
13:	Jahresförderprogramm 2006 – Kultur – Drs. Nr.: RR 65/2005 (Nachversand)	18	18
14:	8. Änderung des Regionalplans Teilabschnitt Region Köln; Erweiterung des Allgemeinen Sied- lungsbereiches (ASB) für zweckgebundene Nutzungen Brühl/Phantasialand hier: Erarbeitungsbeschluss Drs. Nr.: RR 60/2006 (Nachversand)	18	20
Erg. <u>1</u> zu			
14:	Antrag der CDU-Fraktion zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, 8. Planänderung „Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für zweck- gebundene Nutzungen Brühl/Phantasialand Drs. Nr.: RR 74/2006 (Tischvorlage)	18	20
15:	Mitteilungen		
	a. der Bezirksregierung		
	b. des Vorsitzenden		
	c. der Verkehrskommission		
	d. der Unterkommissionen		
	e. der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen		
	f. der Sonderkommission EuRegionale 2008		
	g. der Sonderkommission Regionale 2010		
	h. der Sonderkommission Nationalpark Eifel		
	i. Mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung	20	20

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	6

Vorsitzender Lorth eröffnet um 10.05 Uhr die Sitzung und begrüßt in Vertretung des verhinderten Regierungspräsidenten Lindlar Herrn Dr. Becker sowie Herrn Diehl. Des Weiteren begrüßt er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, die Vertreter von Rundfunk, Fernsehen und Presse sowie insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie den Bürgermeister der Stadt Bornheim, Herrn Henseler.

Der Vorsitzende stellt fest, der Regionalrat sei zu dieser Sitzung frist- und formgerecht einberufen worden, und seine Beschlussfähigkeit sei offensichtlich gegeben.

Für die heutige Sitzung entschuldigt hätten sich die stimmberechtigten Mitglieder Herr Höfken, Herr Billmann und Herr Möring sowie Herr Steinbach als beratendes Mitglied.

Herr Bubacz (SPD) entschuldigt für seine Fraktion Herrn Bast und erklärt, dass die SPD den Antrag hinsichtlich einer Aktuellen Stunde zurückziehe.

TOP 1: Feststellung der Tagesordnung

Vors. Lorth führt aus, die Tagesordnung sei mit dem Einladungsschreiben vom 1. Juni 2006 bekannt gegeben und mit Schreiben vom 14. Juni 2006 um weitere Unterlagen aktualisiert worden.

In der Ältestenratssitzung vom 9. Juni sei eine Änderung der Beratungsfolge vorgeschlagen worden. Nach Tagesordnungspunkt 3 solle Tagesordnungspunkt 7 behandelt werden.

Ergebnis: Die Tagesordnung wird vom Regionalrat in der aktualisierten Form festgestellt.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschriften der 6. RR-Sitzung am 23. Juni 2006

Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst: Der Regionalrat benennt Herrn Tüttenberg für die SPD-Fraktion.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 5. Sitzung des Regionalrates am 17. Februar 2006
Drs. Nr.: RR 66/2006

Vors. Lorth verweist darauf, dass dieses Protokoll noch nicht vorliege. Insofern könne in der heutigen Sitzung kein Beschluss darüber gefasst werden.

TOP 7: Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville
hier: Erarbeitungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 55/2006

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	7

Erg. 1 zu

TOP 7: Anfrage der CDU-Fraktion zur Abgrabung von hochreinem weißen Quarzkies
Drs. Nr.: RR 53/2006 (Tischvorlage)
Ergänzung zur Anfrage (RR 53/2006): Abgrabung von hochreinem weißen Quarzkies
Drs. Nr.: RR 64/2006 (Tischvorlage)

Erg. 2 zu

TOP 7: Anfrage der FDP-Fraktion DIE GRÜNEN zur Gewinnung von Quarzkies im Naturpark Rheinland
Drs. Nr.: RR 54/2006

Erg. 3 zu

TOP 7: Anfrage der FDP-Fraktion
Drs. Nr.: RR 68/2006 (Tischvorlage)

Erg. 4 zu

TOP 7: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Ausweisung von Konzentrationszonen für hochreinen weißen Quarzkies im GEP Bonn/Rhein-Sieg
Drs. Nr.: RR 71/2006 (Tischvorlage)

Erg. 5 zu

TOP 7: Antrag der CDU- und SPD-Fraktion auf Änderung des Erarbeitungsbeschlusses für den Regionalplan, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, 3. Planänderung „Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“
Drs. Nr.: RR 72/2006 (Tischvorlage)

Herr Diehl (Bezirksplaner) referiert, die Vorlage basiere auf dem Kenntnisstand vom 26. Mai 2006 und resultiere aus Gesprächen, die mit Unternehmen und Fachbehörden in den letzten zwei bis drei Jahren stattgefunden hätten.

Wesentlich dabei sei, dass die Rheinischen Baustoffwerke einen entsprechenden Rahmenbetriebsplan bei der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde beantragt hätten, welcher eine Erweiterung des bisherigen Abbaubereichs einschließlich des FFH-Gebiets zum Inhalt gehabt habe. Dies sei rechtlich nicht zulässig, da laut FFH-Richtlinie, Bundesnaturschutzgesetz sowie Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen vor der Inanspruchnahme eines FFH-Gebiets zu prüfen sei, ob es eine zumutbare Alternative gebe. Diese Alternative gebe es. Denn im Naturpark Kottenforst/Ville könne man an anderen Stellen Quarzkies in der entsprechenden Qualität finden. Insofern sei vorgeschlagen worden, die beiden Abbaubereiche Bornheim-Sonnenhof und Flerzheim in das Verfahren einzubringen.

Kurz nach dem die Vorlage der Bezirksregierung an den Regionalrat, an die Kommunen und an die entsprechenden Behörden verschickt worden sei, habe sich die Sachverhaltssituation geändert. Der Rechtsanwalt der Rheinischen Baustoffwerke habe mitgeteilt, dass die Firma Rheinische Baustoffwerke auf die Inanspruchnahme des FFH-Gebiets verzichte. Daraufhin hätten die Fraktionen des Regionalrats ihre eigenen Konzeptionen entwickelt, welchen seitens der Bezirksregierung nicht widersprochen werde.

Herr Götz (CDU) betont, die heute vorliegenden Anträge der einzelnen Fraktionen beinhalteten einen Kompromiss, der zum einen die Ausweisung einer Zone für

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	8

hochreinen weißen Quarzkies ermögliche und zum anderen den Schutz der Bevölkerung im Naturpark Kottenforst/Ville in Bezug auf Bornheim und Swisttal-Buschhoven gewährleiste, da dort eine weitere Abgrabung ausgeschlossen werde.

Die Frage, ob es generell einen Bedarf an hochreinem weißen Quarzkies gebe, habe die CDU-Fraktion bejaht. Hinsichtlich der Bedarfsberechnung lehne es die CDU-Fraktion ab, einen solch hochsensiblen Bereich für die Gewinnung von Aquarien Kies, Vogelfuttermittel oder Gartenkies zur Verfügung zu stellen.

Für Witterschlick sei inzwischen eine Nassauskiesung nach Bergrecht beantragt worden. Dabei würden 68.000 m³ Quarzkies und Quarzsand erwartet. Diese Menge müsse in der Berechnung des Bedarfs im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Die heutige positive Entscheidung diene dazu, andere Dinge negativ bescheiden zu können. So würden – wie bereits 2003 beschlossen – in Bornheim und Swisttal-Buschhoven keine Flächen ausgewiesen, und die Entscheidung zu Weilerswist-Nord schaffe die rechtliche Sicherheit, dass diese Entscheidung bestehen bleibe.

Herr Finke (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion habe keinen eigenen Änderungsantrag vorgelegt, weil sie eigentlich vorgehabt habe, die Vorlage der Verwaltung komplett abzulehnen. Die Anfrage der FDP-Fraktion resultiere daraus, dass die Vorlage der Bezirksregierung Zahlen enthalte, denen von Naturschutzverbänden etc. widersprochen werde. Die Naturschutzverbände seien nach Auffassung des Redners in der Lage, diese in der Vorlage enthaltenen Daten und Fakten plausibel zu widerlegen. Insofern erscheine die Beschlussvorlage nicht beschlussreif.

Die FDP-Fraktion habe die Aspekte Naturschutz, Wohnqualität, Klima, Wasser, Boden etc. sowie die ökonomische Seite gleichrangig abgewogen. Dann sei man zu der Auffassung gelangt, dass der Wohnqualität vor dem Naturschutz insbesondere in den Bereichen Bornheim und Swisttal Vorrang zu geben sei.

Die FDP-Fraktion trete dem Antrag der CDU-Fraktion als Antragsteller bei, das heißt, in Weilerswist-Nord eine Konzentrationsfläche auszuweisen, im Gegenzug dies in Bornheim und Swisttal zu unterlassen.

Der Redner bittet Herrn Diehl, auf die in der Vorlage seiner Meinung nach zweifelhaften Daten einzugehen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) kritisiert generell das Verfahren rund um die Rohstoffsicherung. Diese Situation sei unbefriedigend, weil abgrabende bzw. Rohstoffe gewinnende Betriebe letztendlich den Bedarf selber definieren würden. Dies sei seiner Meinung nach nicht nur ein rechtliches Problem, sondern stelle auch für diejenigen, die eine Abwägung zwischen verschiedenen Gütern vornehmen müssten, ein Problem dar. Denn die dazu vorzunehmenden Verfahren bzw. Prozesse fänden nicht auf der Grundlage einer landesweiten Rohstoffplanung oder Ähnlichem statt, sondern auf Zuruf der abgrabenden Unternehmen. Alle an der Abwägung Beteiligten hätten sich mit den verschiedensten Zahlenwerken auseinander zu setzen, und gerade das Zustandekommen dieser Zahlen unterliege ganz wesentlich dem Einfluss der Lobby der abbauenden Betriebe.

Der Regionalrat habe sich im Zusammenhang mit den GEP-Beratungen aus den Vorjahren umfangreich mit all diesen Dingen beschäftigt. Damals habe es Sonderkommissionen und sogar Ortsbesichtigungen gegeben. Es seien weitgehende Beschlüsse gefasst worden, die er bis heute befürworten könne.

Im Anschluss daran seien Gerichtsentscheidungen getroffen worden. Daraus ergebe sich erstens, dass es nötig sein könne, Konzentrationszonen auszuweisen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	9

Zweitens resultiere daraus die Definition des sogenannten hochreinen Quarzkieses. Vor dem Hintergrund dieser beiden Aspekte habe die Bezirksregierung eine Vorlage gefertigt, die aus Sicht der Fraktion DIE GRÜNEN nicht zufriedenstellend gewesen sei.

Als geradezu dreist empfindet der Redner die Ankündigungen der Geschäftsführung der Firma EUROQUARZ, sich durch alle Instanzen zu klagen, wenn ihr nicht die Abgrabungsrechte eingeräumt würden. Insofern dürfe der Regionalrat nicht einfach das Gesagte von 2003 wiederholen, sondern müsse sich so aufstellen, dass es vor Gericht Bestand habe.

Heute müsse man für das, was man tun wolle, plausible Begründungen liefern, und diese müssten sich im Beschluss niederschlagen. Falls es nämlich zu dem von der Firma EUROQUARZ angekündigten Gerichtsverfahren kommen werde, werde sich sicherlich auch das Gericht die Begründungen und nicht nur die Beschlüsse genau anschauen.

Die Abwägung zwischen den Gesichtspunkten des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Erholungsraumfunktion zum einen und der völlig unterschiedlichen Größen der in Rede stehenden Abbaugebiete zum anderen führe dazu, dass die Fraktion DIE GRÜNEN die Meinung vertrete, dass Weilerswist-Nord abzüglich der FFH-Flächen, die vom Antragsteller nicht mehr begehrt würden, in der Konzentrationszone der geeignete Punkt sein könnte.

Der Redner macht darauf aufmerksam, dass entgegen früheren Beschlüssen der Landschaftsschutzverein Vorgebirge sowie der Landschaftsschutzverein Kottenforst nicht als anzuhörend dargestellt würden; diese beiden Landschaftsschutzvereine seien unter den laufenden Nummern 502 und 503 geführt worden und sollten auch nun angehört werden.

Herr Schulte (SPD) stellt für die Fraktion der SPD fest, dass es im Bereich der Gemeinde Weilerswist einen genehmigten Rahmenbetriebsplan für den Abbau von Quarzsand und Quarzkies mit einer Größe von 10 ha gibt. Es sei zwar von der Bezirksregierung mitgeteilt worden, dass es sich nach Ansicht der Bezirksregierung nicht um hochreinen Quarzkies handle, jedoch seien der SPD-Fraktion aus dem Gemeinderat Weilerswist und den dort stattgefunden habenden Beratungen im Zuge der Ausweisung dieser Fläche anders lautende Informationen bekannt.

Im Übrigen lehne die SPD-Fraktion abweichend von den vorliegenden Anträgen nach intensiver und ausführlicher Abwägung aller Fakten eine Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, mit dem Ziel einer Ausweisung einer Konzentrationszone für hochreinen Quarzkies in Weilerswist-Nord komplett ab. Auch Herr Nußbaum von der CDU Weilerswist schließe sich dem an.

Vors. Lorth fasst zusammen, dass nun ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und DIE GRÜNEN vorliege, dem sich die FDP angeschlossen habe.

Natürlich begrüße die Wirtschaft den jetzt von den Fraktionen der CDU, DIE GRÜNEN und FDP gestützten Antrag auf Eröffnung des Erarbeitungsverfahrens, führt Herr Swoboda (IHK Bonn/Rhein-Sieg) aus. Denn damit sei zunächst eine Existenzsicherung für das Unternehmen gegeben. Dies bedeute allerdings nicht, dass dies ein Ende der Diskussion darstelle.

In der CDU-Begründung werde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit der Ausweisung einer Konzentrationszone bundesweit erstmals ein neuer Weg beschritten werde. Dies treffe möglicherweise für den Quarzkies zu, jedoch verweist der

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	10

Redner auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 2004 zum Thema Konzentrationszonen für Windenergieanlagen. Darin heiße es, eine einzige Konzentrationsplanung sei insgesamt nichtig, wenn dem Plan mangels ausreichender substantzieller Darstellung von Positivflchen kein schlüssiges gesamttrumliches Planungskonzept vorliege, und genau das sei hier der Fall. Das Projekt Weilerswist allein gewährleiste weder eine 25jhrige Versorgungssicherheit noch die Bedarfsdeckung in der Region an hochreinem Quarzkies.

In der Begründung werde dargelegt, eine Ausweisung könne nur für den Bedarf erfolgen, der zwingend nur durch diesen Rohstoff erfüllt und nicht durch andere Stoffe substituiert werden könne. Diese Aussage weist der Redner ausdrücklich zurück. Auch unter Abwägung berechtigter Belange könne das Planungsrecht insoweit ordnungspolitisches Wirtschaftsrecht schlicht und ergreifend nicht ersetzen.

Abschließend weist der Redner darauf hin, dass es einige rechtliche Hinweise sowohl im Landesentwicklungsprogramm als auch im Landesentwicklungsplan darauf gebe, dass ausreichende Flächen ausgewiesen werden müssten. Ferner erinnert er daran, was das Land gesagt habe, als der Gebietsentwicklungsplan seinerzeit genehmigt worden sei:

„Im übrigen wird davon ausgegangen, dass auf Grundlage der von der Bezirksregierung veranlassten und vom Geologischen Dienst durchgeführten Quarzkiesuntersuchung gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt weitere Abbaufchen zur Quarzkies- und -sandgewinnung dargestellt werden.“

Herr Lindweiler (PDS) bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Initiativen aus dem Vorgebirge, die den Mitgliedern des Regionalrates umfangreiches Material und gutachterliche Gegenkompetenz zu den seiner Meinung nach einseitigen und auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessen erstellten Gutachten vonseiten der Bezirksregierung an die Hand gegeben hätten.

Er bittet die Bezirksregierung, ihre Sicht der Rechtsverbindlichkeit der Ausweisung einer solchen Konzentrationszone wie Weilerswist im Hinblick auf die Sicherheit des Ausschlusses von Bornheim zu erörtern.

Herr Götz (CDU) geht auf Herrn Schulte ein und stellt klar, dass sich die Äußerungen von Herrn Nußbaum auf die verkehrliche Erschließung eines potenziellen Tagebaus Weilerswist-Nord bezgen. Man sei sich darüber im Klaren, dass im Falle einer Ausweisung dieser neuen Kiesabbauzone im Interesse der Weilerswister Bürger auch die entsprechende verkehrliche Anbindung erfolgen müsse, damit eine möglichst geringe Belastung auf Weilerswist zukomme. Insofern gebe es keinen Diszens zwischen der CDU in Weilerswist und der CDU-Fraktion im Regionalrat.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) merkt an, die Äußerungen der SPD-Fraktion und die von Herrn Swoboda verdeutlichten den Spannungsbogen, in dem man sich befinde. Da auf der einen Seite durch die rechtliche Situation und die Vorlagen der Bezirksregierung ein gewisser Druck entstanden sei und auf der anderen Seite die Industrie bzw. Teile der IHK immer noch meinten, sie könnten Planungspolitik mit dem Lineal machen, sollte man sich klug verhalten, und klug bedeute in diesem Fall, nicht einfach etwas abzulehnen. Wenn man die besonders sensiblen Gebiete im Vorgebirge tatsächlich schtzen wolle, dann müsse man sich heute klar positionieren und eine Abstufung an den Tag legen.

Herr Tüttenberg (SPD) geht noch einmal darauf ein, dass sich die Situation in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach geändert habe. Aufgrund der heu-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	11

te vorgelegten Nachtragsvorlagen müsse eine verantwortungsvolle Abwägung letztendlich auch kurzfristig vor einer Sitzung erfolgen können. Diese Abwägung habe die SPD-Fraktion vorgenommen.

Die Ablehnung der SPD-Fraktion habe kein Vakuum zur Folge. Schließlich gebe es einen rechtskräftigen Gebietsentwicklungsplan bzw. Regionalplan, und dann kämen die Meinungsunterschiede in den Feinheiten zum Tragen.

In der rechtlichen Frage gehe es z. B. darum, ob dieser hochreine weiße Quarzkies überhaupt einen eigenständigen und ausweisungspflichtigen Bodenschatz im Sinne des Bergbaugesetzes darstelle. Dies sei denkbar, aber auch bezweifelbar, beispielsweise vonseiten der SPD-Fraktion, von Bürgerinitiativen oder Umweltverbänden. Vielmehr würden auch hochkarätige Juristen, die sich in einschlägigen Verfahren auskennen würden, diese Zweifel äußern.

Ähnlich sei es bei der Festlegung von Abbaukonzentrationszonen. Dabei gehe es darum, ob die Quarzkörnung ein planungsrechtlich wirksames Abgrenzungskriterium darstelle.

In Anbetracht dessen, dass es wahrscheinlich zu Gerichtsverfahren kommen werde, müsse man sich darüber Gedanken machen, ob man sich auf eine Rechtsargumentation einlasse, die inhaltlich nicht voll und ganz überzeugend und deren Ende nicht sicher prognostizierbar sei.

Hinsichtlich der Abbaumengen schließt sich der Redner seinem Kollegen Becker an. Es gehe nicht an, dass die Abgrabungsnutznießer die Abbaumengen sozusagen selbst definieren könnten. Dieses Verfahren werde seiner Meinung nach vor allen Dingen rechtlich betrachtet langfristig keinen Bestand haben. Aus diesem Grunde sehe er die Drohung bzw. Ankündigung der Firma Rheinische Baustoffwerke, gegebenenfalls durch alle Instanzen zu klagen, nicht nur mit Sorgen, sondern auch optimistisch. Dass nun vonseiten des Unternehmens das FFH-Gebiet herausgenommen werde, sei ein Indiz dafür, dass die Mengenargumentation doch nicht so apodiktisch und unabdingbar sei, wie es lange Zeit vorgetragen worden sei.

Wenn die Bezirksregierung abschließend nachweisen würde, dass es keinen anderen planungsrechtlichen Weg als den zuletzt hier vorgeschlagenen gebe, dann hätte man eine andere Ausgangssituation; dies sei aber nicht nachgewiesen. Es seien Rechtsstandpunkte vertreten worden, denen man zwar etwas abgewinnen könne, die aber weder die herrschende Meinung darstellten noch von Leuten, die in solchen Dingen ausgesprochen kompetent seien, unterstrichen würden.

Herr Dudzus (FDP) meint, die Diskussion zeige, dass die Mitglieder des Regionalrats als Politiker in eine Situation gedrängt worden seien, die mittlerweile beinahe unerträglich erscheine. Die Art und Weise, wie Vorlagen dargereicht worden seien, mache seiner Meinung nach deutlich, dass nicht vollständig und umfassend gut gearbeitet worden sei.

Herr Finke (FDP) betont, dass sich die FDP in der weiteren Debatte dafür einsetzen werde, die Bereiche Buschhoven, Flerzheim und Bornheim vom Kiesabbau freizuhalten.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) geht auf die Ausführungen seines Kollegen Tüttenberg ein. Seiner Meinung nach seien bereits Gerichtsverfahren anhängig und würden nicht erst drohen.

Der Redner hegt hohe Sympathie dafür, dass auch andere Regionalratsmitglieder kritisierten, dass Rohstoffsicherung nicht mehr so in Landesplanung integriert werden könne, wie es heute laufe, also quasi auf Zuruf erfolge. Zur Kenntnis müsse

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	12

man hingegen nehmen, dass alle Wirtschaftsminister und Minister für Landesplanung – interessant sei in diesem Zusammenhang, dass die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie angesiedelt sei – einen anderen Weg verfolgten und diese Vorgehensweise für eine fortschrittliche Arbeitsmarktpolitik hielten.

An Herrn Finke gewandt stellt der Redner klar, dass es einen Antrag der CDU-Fraktion, einen der Fraktion DIE GRÜNEN sowie nunmehr einen gemeinsamen Antrag gebe, der von beiden Fraktionen erarbeitet worden sei. Aus Sicht beider Fraktionen solle in der heutigen Sitzung über den gemeinsamen Antrag abgestimmt werden, und dem könne sich jede andere Fraktion anschließen.

Herr Heuel (CDU) weist darauf hin, dass sich in den letzten Monaten nur ein entscheidendes Merkmal verändert habe, nämlich die Tatsache, dass die Betreiberfirma nunmehr nicht mehr auf die Einbeziehung des FFH-Gebiets poche. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Haltung der CDU-Fraktion in dieser Frage seit Verabschiedung des Gebietsentwicklungsplans in keiner Weise verändert habe. Die CDU-Fraktion vertrete weiterhin die Haltung, die sich im gemeinsamen Antrag niederschläge.

Herr Diehl (Bezirksplaner) macht drei Bemerkungen. – Erstens. Im Ältestenrat habe man sich in den letzten zwei Jahren intensiv mit der rechtlichen Bewertung befasst, und diese sei auf der Grundlage der Rechtsprechung und des geltenden Rechtes – hier insbesondere im Hinblick auf § 35 Baugesetzbuch – erfolgt. Insofern freue es ihn, dass diese juristische Einschätzung nun auch von einer breiten Mehrheit des Regionalrats unterstützt werde. Was Gerichte daraus machten – das Kieswerk Rheinbach befinde sich zurzeit in einem Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht –, müsse man letztendlich abwarten.

Zweitens. Hinsichtlich der Rohstoffplanung wünsche er sich – dies äußert der Redner als persönliche Bemerkung in Richtung Politik in Düsseldorf –, dass man aus dem Rohstoffbericht eine Rohstoffkonzeption des Landes entwickle, und aus dieser Rohstoffkonzeption solle ein rechtlicher Rahmen resultieren.

Der dritte Punkt betreffe die Abwägung. Heute werde darüber diskutiert, ob und wie das Verfahren eingeleitet werde. Dass bei der Verfahrenseinleitung unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien, sei völlig klar. Insofern könne man zu der Entscheidung kommen, ob man das Verfahren einleite oder nicht. Eines sei allerdings klar: Eine Abwägung stehe spätestens dann an, wenn das Verfahren abgeschlossen werde, nämlich dann, wenn ein Aufstellungsbeschluss zu fassen sein werde.

Herr Tüttenberg (SPD) geht noch einmal darauf ein, dass die SPD-Fraktion ihre Entscheidung heute Morgen in ihrer Fraktionssitzung getroffen und festgelegt habe. Denn sie teile nicht die Rechtsauffassung, die zum Verfahrensvorschlag führe. Der Redner bedankt sich dafür, dass die heutige Diskussion so sachlich und in keinsten Weise polemisch geführt werde.

Die SPD-Fraktion teile die Mengenargumentation des Unternehmens nicht.

Herr Götz (CDU) führt aus, die Bezirksregierung habe ihn darauf hingewiesen, dass aufgrund der anstehenden Sommerferien die im letzten Absatz enthaltene Beteiligungsfrist von drei auf vier Monate verlängert werden solle.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	13

Ergebnis: Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und DIE GRÜNEN, der von der FDP mitgetragen, hinsichtlich der Beteiligten ergänzt und der Beteiligungsfrist von vier Monaten erweitert wird, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Enthaltung seitens der FDP-Fraktion mit Mehrheit angenommen.

TOP 4: Anträge

- Es liegen keine Anträge vor. -

TOP 5: Anfragen

TOP 5a: Anfrage der SPD-Fraktion zu den Auswirkungen der geplanten Verwaltungsstrukturreform auf den Regierungsbezirk Köln
Drs. Nr.: RR 63/2006 (Nachversand)
Drs. Nr.: RR 63a/2006 (Tischvorlage)

Herr Bubacz (SPD) bedankt sich bei der Bezirksregierung für die Beantwortung der Fragen der SPD-Fraktion sowie für die Überlassung des Schreibens des Ministers Uhlenberg an die Mitarbeiter des Hauses. Die Antworten der Bezirksregierung Münster und der Bezirksregierung Detmold lägen vor. Nichtsdestotrotz solle man sich mit dem Thema noch einmal im Ältestenrat oder in einem ähnlichen Gremium befassen.

TOP 6: Mitgliederwechsel in Kommissionen des Regionalrates
hier: SPD-Fraktion
Drs. Nr.: RR 59/2006

Erg. 1 zu

TOP 6: Mitgliederwechsel in der Sonderkommission Regionale 2010
hier: CDU-Fraktion
Drs. Nr.: RR 69/2006 (Tischvorlage)

Ergebnis: Ohne Aussprache fasst der Regionalrat einstimmig den Beschluss, die Vorlagen anzunehmen.

TOP 8: Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Köln – Sachlicher Teilabschnitt „Vorbeugender Hochwasserschutz“
hier: Aufstellungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 56/2006

Erg. 1 zu

TOP 8: Korrektur der Vorlage durch den Erlass des MMWE NRW vom 14. Juni 2006
Drs. Nr.: RR 56a/2006 (Tischvorlage)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	14

Erg. 2 zu

TOP 8: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Streichung der Naafbachtalsperre aus dem sachlichen Teilabschnitt vorbeugender Hochwasserschutz und in der Folge auch aus dem GEP Bonn/Rhein-Sieg
Drs. Nr.: RR 67/2006 (Tischvorlage)

Herr Götz (CDU) moniert die Verfahrensweise. Zwei Tage vor der Sitzung bekomme der Regionalrat von der Landesplanungsbehörde einen Erlass, der beinhalte, was er zu entscheiden habe, obwohl dieses Verfahren seit Monaten mit allen Beteiligten betrieben werde. Insofern sei es der CDU-Fraktion aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich, die Folgen einer heutigen Entscheidung zu beurteilen.

Der Redner regt an, in der heutigen Sitzung keine Entscheidungen zu treffen. Allerdings solle in den nächsten zwei Wochen eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen werden. Im Vorfeld sollten sich jeweils zwei Vertreter einer Fraktion mit der Bezirksregierung zusammensetzen, damit diese die neue Lage erörtern könne. Bis dahin könnten die Stellungnahmen der Stadt Köln sowie des Landesbetriebes Straßenbau eingeholt werden, wie diese zu dem Erlass stünden.

Dem ersten Teil des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN könne sich die CDU-Fraktion anschließen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag seines Vorredners einverstanden. Allerdings müsse aus Sicht der Fraktion DIE GRÜNEN der erste Punkt ihres Antrags beschlossen werden. Auf jeden Fall bestehe er darauf, dass die Naafbachtalsperre aus der Hochwasserschutzplanung herausgenommen werden. Denn sonst komme sie in der weiteren Diskussion nicht nur für den Trinkwasserschutz, sondern auch für den Hochwasserschutz in Betracht.

Vors. Lorth gibt einen Hinweis in Bezug auf den Vorschlag, einen Dringlichkeitsbeschluss zu fassen. Dem stehe § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Regionalrates entgegen. Darin heiße es:

„In Fällen besonderer Dringlichkeit kann der Vorsitzende zusammen mit einem weiteren stimmberechtigten Mitglied, das einer anderen Fraktion angehört, eine Dringlichkeitsentscheidung fassen. Ausgenommen davon sind ausdrücklich Aufstellungsbeschlüsse eines Regionalplanes. Vor der Fassung eines solchen Dringlichkeitsbeschlusses sind die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen zu unterrichten.“

Herr Diehl (Bezirksplaner) referiert, das Europarechtsanpassungsgesetz Bau laufe mit seiner Übergangsfrist zum 21. Juli aus. Das bedeute, alle Verfahren, die ohne strategische Umweltprüfung durchgeführt worden seien, müssten bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein. Die zentrale Frage dabei sei, was man unter dem Abschluss eines Verfahrens zu verstehen habe, und genau daran schieden sich die Geister.

Die Bezirksregierung vertrete im Einklang mit dem für die Landesplanung zuständigen Ministerium die Auffassung, es reiche aus, dass der Regionalrat vor dem 21. Juli seinen Aufstellungsbeschluss fasse und dass erst anschließend das weitere Prozedere wie z. B. die Genehmigung durch die Landesplanungsbehörde im Einvernehmen mit den zuständigen Ressorts und der Abdruck des Genehmigungserlasses im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolge.

Inzwischen herrsche in Düsseldorf die Meinung – und diese habe sich im Erlass niedergeschlagen –, dass das gesamte Verfahren einschließlich der Genehmi-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	15

gung und der Veröffentlichung des Genehmigungserlasses und -planes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bis zum 21. Juli zu erfolgen habe. Da dieses Verfahren in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt werde, rät der Redner davon ab, heute von einem Beschluss abzusehen. Denn dies wäre zumindest fahrlässig und stünde im Widerspruch zur Auffassung im Düsseldorfer Ministerium.

Eine Beschlussfassung auf der Grundlage des Erlasses sei denkbar. Allerdings sei es für ein politisches Gremium nahezu unerträglich, wenn es in seinem Abstimmungsverhalten strikt an einen Erlass gebunden wäre.

Wenn ein Plan mit Maßgaben aufgestellt würde, hätte der Regionalrat letztendlich auch keine Wahl. Der Regionalrat müsste der Maßgabe zustimmen. Denn sonst würde der Plan nicht genehmigt. – Insofern sei die Situation des Regionalrats in beiden Fällen gleich.

Vors. Lorth schlägt vor, beim bisherigen Verfahren zu bleiben.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) zeigt sich damit einverstanden, bittet allerdings, Punkt 1 des Antrags seiner Fraktionen zu berücksichtigen.

Auch Herr Bubacz (SPD) drückt sein Einverständnis hinsichtlich des vorgeschlagenen Verfahrens aus. Des Weiteren könne seine Fraktion allen im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN enthaltenen Punkten beitreten.

Herr Finke (FDP) möchte konkretisiert wissen, über welche Vorlage abgestimmt werden solle.

Die Drucksache RR 56a/2006 mit den enthaltenen Änderungen solle zur Abstimmung gebracht werden, erwidert Vors. Lorth. Davor solle über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN in Bezug auf die Naafbachtalsperre abgestimmt werden.

Herr Finke (FDP) macht deutlich, dass sich auch seine Fraktion dafür ausspreche, die zeichnerische Darstellung der Naafbachtalsperre sowie die dazugehörigen textlichen Erläuterungen im sachlichen Teilabschnitt vorbeugender Hochwasserschutz herauszunehmen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) macht für das Protokoll noch einmal deutlich, dass die Punkte 1 bis 3 im zweiten Absatz des Antrages seiner Fraktion Bekräftigungen eines Standpunktes darstellten.

Herr Götz (CDU) geht darauf ein, welche Vorlage zur Abstimmung gebracht werde. Seiner Meinung nach könne nicht über die neue Vorlage Drucksache RR 56a/2006 abgestimmt werden, da viele Regionalratsmitglieder sicherlich nicht beurteilen könnten, was genau diese Vorlage beinhalte.

Vors. Lorth wirft die Frage auf, ob die ursprüngliche Vorlage Drucksache RR 56/2006 mit den noch offenen Fragen oder die neue Vorlage Drucksache RR 56a/2006 beraten werde.

Herr Neitzke (SPD) betont, es liege eine klare Beschlusslage vor, und man habe sich im Vorfeld darauf verständigt, die noch offenen Fragen zu behandeln. Fer-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	16

ner macht der Redner darauf aufmerksam, dass zu KRS-005 und KRS-028 in der Vorlage Drucksache RR 56/2006 noch kein Beschluss erfolgt sei.

Vors. Lorth fasst zusammen, dass zu KRS-005, KRS-004 sowie KRS-017 noch keine Beschlüsse gefasst worden seien; dies betreffe die Seiten 3 und 4 der Vorlage Drucksache RR 56/2006.

Herr Götz (CDU) führt aus, hinsichtlich KRS-005 werde die CDU-Fraktion der Auffassung der Stadt Köln folgen. KRS-017 sei erledigt. Hinsichtlich KRS-004 werde die CDU-Fraktion im Sinne des Landesbetriebes Straßenbau abstimmen.

Ergebnis: Hinsichtlich KRS-005 entscheidet der Regionalrat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN und der PDS einstimmig im Sinne der Stadt Köln. Hinsichtlich KRS-004 entscheidet der Regionalrat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der PDS im Sinne des Landesbetriebs Straßenbau. Der Regionalrat nimmt einstimmig ohne Enthaltung den ersten Absatz des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache RR 67/2006 – an.

TOP 9: 6. Änderung des Regionalplans Teilabschnitt Region Aachen; Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) Merzbrück
hier: Erarbeitungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 57/2006

Es wird ohne Aussprache folgender Beschluss gefasst: Der Regionalrat stimmt der Vorlage bei Enthaltung der PDS-Fraktion einstimmig zu.

TOP 10: Rohstoffsicherung in Nordrhein-Westfalen
hier: Stellungnahme des Regionalrates
Drs. Nr.: RR /KRS 28/2006 (Nachversand)

Herr Götz (CDU) schlägt vor, die Stellungnahme der Bezirksregierung um folgenden Absatz zu ergänzen:

„Rohstoffgewinnung löst in vielen Fällen Nutzungskonflikte mit anderen Belangen aus. Bei der Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen und Erfordernissen ist zu berücksichtigen, dass die Belange der Bevölkerung, der Rohstoffsicherung sowie des Natur-, Landschafts- und Gewässerschutzes grundsätzlich gleich gewichtet werden.“

Damit sei klargestellt, dass eine generelle Bevorzugung der Rohstoffgewinnung bei Nutzungskonflikten abgelehnt werde. In der Sache herrsche Einigkeit innerhalb der Strukturkommission; lediglich eine Formulierung habe bis heute gefehlt.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) weist auf folgende Passage unter Punkt 11 auf Seite 37 des Rohstoffberichts hin:

„Die Entscheidung in Nutzungskonflikten soll künftig stärker als bisher die ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen sowie die Chancen und den ‚gesellschaftlichen Mehrwert‘ der Nachfolgenutzung berücksichtigen.“

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	17

Der Regionalrat müsse ausdrücklich darauf hinweisen, dass er diesen drei Zeilen ausdrücklich nicht zustimme und dieser Aussage auch nicht beitrete. Nur dann mache die Ergänzung, die Herr Kollege Götz vorgetragen habe, Sinn.

Herr Diehl (Bezirksplaner) macht darauf aufmerksam, dass nicht diese Ziffern beschlossen würden. Sie seien vielmehr die Kurzfassung des Rohstoffberichts. Sie seien also weder die Stellungnahme der Bezirksregierung noch die Stellungnahme des Regionalrats. Ziffer 11 stelle somit nur die Kurzfassung eines Kapitels des Rohstoffberichts dar.

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Finke (FDP), wie er die Vorlage der KRS zu verstehen habe, erläutert Vors. Lorth, dass es sich um den Arbeitsbericht „Rohstoffsicherung in Nordrhein-Westfalen“ vom Ministerium handele, der nun parlamentarisch beraten werde. Zu diesem Bericht habe sich der Regionalrat nun zu äußern.

Daraufhin äußert sich Herr Finke (FDP) dahin gehend, dass er sich für die Fraktion der FDP dem Verfahrensvorschlag von Herrn Götz anschließe. Dies unterstützt auch Herr Bubacz (SPD).

Herr Becker (DIE GRÜNEN) betont, man müsse auch erwähnen, dass der Regionalrat alle Formulierungen des Arbeitsberichtes zur Rohstoffsicherung ablehne, die die Rohstoffsicherung durch die Hintertür gegenüber anderen Gesichtspunkten bevorzugen würden. Der Redner schlägt folgende Formulierung vor:

„Der Regionalrat lehnt alle Passagen des Rohstoffberichtes ab, die der Rohstoffsicherung einen Vorrang vor den anderen Belangen geben könnten.“

Ergebnis: Der Regionalrat beschließt die Vorlage einschließlich der Änderung auf Seite 6 einstimmig.

TOP 11: Provincial Omgevingsplan Limburg (POL) 2006
hier: Stellungnahme des Regionalrates
Drs. Nr.: RR 58/2006 (Nachversand)

Erg. 1 zu
TOP 11: Anfrage der CDU-Fraktion zum Provincial Omgevingsplan Limburg (POL) 2006
Drs. Nr.: RR 73/2006 (Tischvorlage)

Herr Götz (CDU) legt dar, man wolle in Antragsform „gießen“, was man im Ältestenrat besprochen habe; auch auf niederländischer Seite müsse abgebaut werden, um den niederländischen Rohstoffbedarf zu befriedigen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) bittet darum, im ersten Absatz des CDU-Antrags die Worte „Hierdurch wird...“ durch „Hierdurch würde“ zu ersetzen.

Ferner möchte der Redner, dass im zweiten Absatz die Formulierung „... den Bedarf an heimischen Rohstoffen nach Möglichkeit in der jeweils eigenen Region zu decken.“ durch folgende Formulierung ersetzt werde: „... den Bedarf an Rohstoffen so weit wie möglich in der jeweils eigenen Region zu decken.“ – Schließlich befänden sich heimische Rohstoffe immer in der eigenen Region.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	18

Ergebnis: Der Regionalrat beschließt die geänderte Stellungnahme einstimmig ohne Enthaltung.

TOP 12: Beschleunigung kleiner Um- und Ausbauvorhaben an Landesstraßen durch kommunale Vorfinanzierung
Drs. Nr.: RR / VK 35a/2006

Ergebnis: Ohne Aussprache nimmt der Regionalrat den Beschlussvorschlag einstimmig ohne Enthaltung an.

TOP 13: Jahresförderprogramm 2006 – Kultur –
Drs. Nr.: RR 65/2006 (Nachversand)

Herr Dr. Pesch (CDU) gibt zu bedenken, warum sich der Regionalrat mit dieser Vorlage beschäftigen solle. Es gebe seiner Meinung nach kein Jahresförderprogramm, sondern lediglich eine Auflistung von Anträgen. Er wisse nicht, wie viel Geld zur Verfügung stehe, und insofern könne der Regionalrat auch nicht sagen, welcher Antrag beschieden werden könne.

Im Jahre 2005 habe das Kulturdezernat insgesamt 354.090 € für Maßnahmen im Regierungsbezirk Köln ausgegeben. Dies werfe die Frage auf, ob die Personal-, Sach- und Raumkosten höher lägen als die Fördermittel. Insofern hinterfragt der Redner, ob es nicht sinnvoller wäre, regionale Kulturförderung von denjenigen machen zu lassen, die dies schon seit Jahrzehnten machten, also von den Landschaftsverbänden, die das seiner Meinung nach sehr gut könnten.

Frau Dr. Fulle (Dezernat 49) erwidert, gemäß Landesplanungsgesetz handele es sich bei den Maßnahmen, die dem Regionalrat vorgestellt würden, um Fördermaßnahmen von regionaler Bedeutung. Dies sei eines von insgesamt acht Förderprogrammen des Landes, die die Bezirksregierung betreue. Entsprechend beziffere der Betrag von 354.090 € nicht den Gesamtförderbetrag Kultur (und damit weder fachlich, noch personell noch räumlich die damit verbundene Leistung der Bezirksregierung).

Das Jahresförderprogramm Regionale Kultur könne noch nicht vorgestellt werden, da die Staatskanzlei, der seit dem vergangenen Jahr die Kultur zugeordnet sei, erst am Montag der Woche den Kulturhaushalt 2006 freigegeben habe.

Das erläutere, warum die Rednerin noch keine hinreichenden Auskünfte über die geplante Förderung für dieses Programm des Landes für den Regierungsbezirk Köln geben könne.

Ergebnis: Der Regionalrat beschließt einstimmig ohne Enthaltung, die Vorlage Drs. Nr.: RR 65/2006 in der Strukturkommission zu behandeln.

TOP 14: 8. Änderung des Regionalplans Teilabschnitt Region Köln; Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für zweckgebundene Nutzungen Brühl/Phantasialand
hier: Erarbeitungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 60/2006 (Nachversand)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	19

Erg. 1 zu

TOP 14: Antrag der CDU-Fraktion zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, 8. Planänderung „Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für zweckgebundene Nutzungen Brühl/Phantasialand“

Drs. Nr.: RR 74/2006 (Tischvorlage)

Herr Diehl (Bezirksplaner) ruft zunächst in Erinnerung, dass die Erweiterungsabsicht des Phantasialands seit einiger Zeit bestehe und vom Regionalrat bereits mehrfach behandelt worden sei. In der Zwischenzeit sei das Verfahren vonseiten der Stadt Brühl stillgelegt worden. Der vorliegende Antrag resultiere daraus, dass es unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten Klärungsbedarf gegeben habe.

Keinerlei Zweifel bestünden daran, dass das Phantasialand erheblichen Erweiterungsbedarf aufweise, und dieser werde auch gesehen. Dies zeige sich auch daran, dass sich die Vorlage den Wünschen von Phantasialand, 30 ha ausgewiesen zu bekommen, nähere. Aufgrund der Konfliktlagen im Osten sehe die Vorlage die höchst strittige und problematische Osterweiterung in kleinerem Umfang vor.

Der CDU-Antrag sehe hingegen nicht vor, diese Osterweiterung in das Verfahren einzubeziehen. Dann werde im Verfahren zu klären sein, wie sich die endgültige Abgrenzung unter Berücksichtigung der Konfliktlagen darstellen werde; dieser Aspekt werde sicherlich auch von den Trägern öffentlicher Belange und durch die Stadt Brühl im Verfahren aufgegriffen.

Die Planung enthalte ganz bewusst weder den Entenweiher noch den Forsthausweiher, welche Biotope nach § 62 LG NW darstellten.

Der Redner betont, man stehe am Anfang eines Verfahrens, und man müsse keine Abwägung vornehmen. Es gehe nicht darum, einen großen Kompromiss zu finden, sondern unter den Gesichtspunkten, die lange genug diskutiert worden seien, in dieses förmliche Verfahren mit der strategischen Umweltprüfung und dem vorliegenden Umweltbericht einzutreten.

Herr Götz (CDU) geht auf den Änderungsantrag der CDU ein. Die Flächen im Osten stünden de facto nicht zur Verfügung. Wenn man heute neue Flächen ausweise, die an Flächen angrenzten, die vom Phantasialand schon heute nicht in Anspruch genommen werden könnten, dann mache dies für keinen der Betroffenen Sinn. Insofern solle man sich nicht auf die Flächen im Osten konzentrieren, sondern vielmehr die Flächen im Westen in Augenschein nehmen. Da zwischen dem Phantasialand und der Stadt Brühl Einvernehmen darüber bestehe, im Westen Flächen auszuweisen, beantrage die CDU, den Ostbereich von vornherein auszuschließen.

Die CDU plädiere auf ein konsensfähiges Ergebnis. Schließlich sei das Phantasialand wichtig für die gesamte Region.

Herr Bubacz (SPD) drückt zunächst die Freude seitens der SPD aus, dass der Erarbeitungsbeschluss in dieser Sitzung gefasst werden solle. Denn Phantasialand sei gerade im Rhein-Erft-Kreis einer der größten Arbeitgeber.

Der Redner spricht sich dafür aus, dem Beschlussvorschlag der Behörde zu folgen, um weitere Verzögerungen im Verfahren zu vermeiden.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	20

Die FDP unterstütze sowohl das Schreiben der Stadt Brühl als auch den CDU-Antrag, weil dieser die Möglichkeit biete, das Verfahren zu eröffnen, führt Herr Dudzus (FDP) aus. Gleichwohl müsse darauf geachtet werden, dass das Minimum von 16 ha erreicht werde, die Option auf 30 ha aber bestehen bleibe. Dafür sollten sich alle Fraktionen einsetzen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) fragt nach, worüber genau abgestimmt werde und ob der Antrag der CDU-Fraktion zu zeitlichen Verzögerungen führe.

Herr Bleeker (Dezernat 62) stellt klar, dass über den CDU-Antrag abgestimmt und es nicht zu zeitlichen Verzögerungen kommen werde. Die Entwurfsunterlagen müssten zwar im Hinblick auf den CDU-Antrag überarbeitet werden, aber diese Arbeit werde in der Sommerpause erledigt. Anschließend könne das Verfahren beginnen.

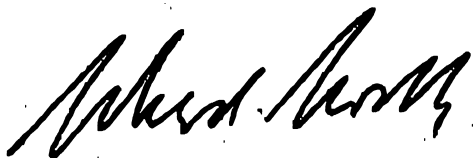
Ergebnis: Der Regionalrat nimmt bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN den CDU-Antrag an.

- TOP 15: Mitteilungen
- a. der Bezirksregierung
 - b. des Vorsitzenden
 - c. der Verkehrskommissionen
 - d. der Unterkommissionen
 - e. der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
 - f. der Sonderkommission EuRegionale 2008
 - g. der Sonderkommission Regionale 2010
 - h. der Sonderkommission Nationalpark Eifel
 - i. Mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung

- Es liegen keine Mitteilungen vor. -

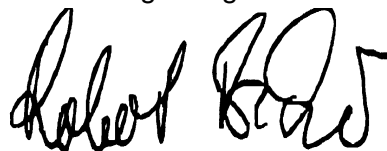
Vors. Lorth schließt die Sitzung um 12.05 Uhr.

Der Vorsitzende
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln



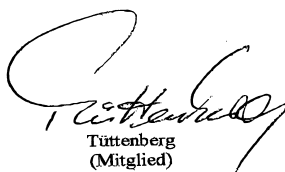
(Gerhard Lorth, MdL)

In Vertretung des
Regierungspräsidenten der
Bezirksregierung Köln



(Dr. Robert Becker)

Regionalrat des
Regierungsbezirkes Köln



(Achim Tüttenberg, MdL)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 6. RR-Sitzung	RR 82/ 2006	21

Teilnehmer/Innen gemäß Anwesenheitsliste:

Herr Becker, Herr Beu, Herr Borning, Herr Bubacz, Herr Clemens, Herr Deppe, Herr Dohmen, Frau Donie, Herr Dudzus, Herr Esser, Herr Finke, Herr Götz, Frau Goldmann, Herr Granrath, Herr Hensen, Frau Herlitzius, Herr Heuel, Herr Jakob, Frau Jüngling, Frau Kirchmeyer, Herr Konzelmann, Herr Koschorreck, Herr Lambertz, Herr Lindweiler, Herr Lorth, Herr Mispelkamp, Herr Prof. Dr. Möller, Frau Neisse-Hommelsheim, Herr Neitzke, Herr Dr. Pesch, Frau Rackwitz-Zimmermann, Herr Hans-Theo Schmitz, Herr Paul Gerhard Schmitz, Herr Schulte, Herr Stefer, Herr Tüttenberg, Herr van den Berg, Herr Waddey, Herr Waschek, Herr Zwingmann,

je ein Vertreter/in der Städte Leverkusen und Köln, der Kreise Aachen, Düren, Rhein-Erft, Euskirchen und des Oberbergischer Kreises sowie Herr Kornell, Herr Swoboda, Herr Jansen, Herr Schmalenbach, Herr Schuldner, Frau Fahner und Frau Steuer

als Gäste: Herr Hoffmann, Herr Klepke, Herr Jöde, Frau Schäfer-Hendricks, Frau Fuhg

von der Bezirksregierung: Herr Dr. Becker, Herr Diehl, Herr Bleeker, Frau Dr. Fulle, Herr Fensterer, Frau Wölfel, Herr Wiczorek, Frau Lietzmann, Herr Plaszczyk, Herr Kuhlisch, Herr Fritsch

Pressevertreter vom Express, KStA Rhein-Erft und Bonner General Anzeiger